

FREIBERUFLER-TICKER vom 3. August 2018

1. Deutscher EU-Beitrag wird nach Schätzung der Bundesregierung künftig kräftig steigen

Die Bundesregierung hat in einer Antwort ([19/3431](#)) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion ([19/3089](#)) eine Schätzung des künftigen deutschen EU-Beitrags vorgenommen. Darüber hat der Deutsche Bundestag am 31. Juli 2018 informiert. Die Schätzung basiert nach Angaben der Bundesregierung auf dem Vorschlag der Europäischen Kommission für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027, demzufolge der jährliche EU-Haushalt durchschnittlich 1,11 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedstaaten betragen soll. Daraus ergibt sich, dass die Bundesrepublik im Jahr 2021 möglicherweise 37,6 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen zum EU-Haushalt beisteuern muss. Bis 2027 würden die Ausgaben dann weiter auf schätzungsweise 49,9 Milliarden Euro steigen. Zugleich hat die Bundesregierung betont, dass die tatsächlich durch die Mitgliedstaaten finanzierten Zahlungsermächtigungen für jedes Jahr erfahrungsgemäß niedriger liegen würden als die jeweiligen Verpflichtungsermächtigungen.

2. BIBB-Studie zur Mindestausbildungsvergütung

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist die Einführung einer Mindestvergütung für Auszubildende (MAV) im dualen System ab dem 1. Januar 2020 festgeschrieben. Die Fragen, welche Betriebe von einer MAV betroffen wären, also ihren Auszubildenden mehr zahlen müssten, und wie hoch die zu erwartende Kostensteigerung für Betriebe ausfallen könnte, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) mit einer datengestützten [Simulation](#) untersucht und die Ergebnisse am 31. Juli 2018 vorgestellt. Etwa elf Prozent aller Ausbildungsbetriebe wären von einem angenommenen Betrag von 500 Euro Mindestausbildungsvergütung (MAV) im ersten Ausbildungsjahr betroffen, bei den Freien Berufen sechs Prozent. Werden 550 Euro MAV angenommen, wären bei den Freien Berufen 13 Prozent und insgesamt 17 Prozent betroffen. Bei 600 Euro MAV beträgt der Wert für die Freien Berufe 15 Prozent, insgesamt wären es 24 Prozent. Bei 650 Euro MAV müssten knapp jeder vierte Freiberufler (23 Prozent) und jeder dritte Ausbildungsbetrieb (35 Prozent) ihre Vergütungen anpassen. Ein weiterer Befund: Handwerksbetriebe, Betriebe mit bis zu neun Beschäftigten und Betriebe in Ostdeutschland wären von einer MAV besonders herausgefordert. Durch deren Einführung werden sich laut BIBB auch die Kosten erhöhen, die Betriebe für die Ausbildung insgesamt aufwenden müssen.

3. Mehr Auszubildende sammeln Auslandserfahrung

Auszubildende und Berufsfachschüler entscheiden sich immer öfter für einen Auslandsaufenthalt. Das zeigt die Studie „[Auslandsaufenthalte in der Berufsausbildung 2017](#)“, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert und von der Nationalen Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung am 31. Juli 2018 vorgelegt worden ist. 5,3 Prozent der Absolventen einer beruflichen Erstausbildung haben danach im Jahr 2017 einen Lernaufenthalt im Ausland absolviert, doppelt so viele wie im Jahr 2010. Insgesamt haben im Jahr 2017 rund 31.000 junge Menschen im Rahmen ihrer Ausbildung Erfahrung im Ausland gesammelt. Erfasst worden sind alle Auslandsaufenthalte, die öffentlich gefördert oder privat durch Betriebe und Auszubildende finanziert worden sind. Der Deutsche Bundestag hat das Ziel formuliert, dass im Jahr 2020 zehn Prozent der Auszubildenden Auslandserfahrung sammeln. Potenzial stellt die Studie in der außereuropäischen Mobilität fest. Obwohl hier wichtige Märkte liegen, haben derzeit nur zwölf Prozent der Auslandsaufenthalte ein Nicht-EU-Land zum Ziel. Vor diesem Hintergrund stellt das BMBF im neuen Haushalt zusätzliche Mittel für ein neues Programm für weltweite Auslandsaufenthalte in der beruflichen

Bildung bereit. Die Studie zeigt zudem, dass Auszubildende, Unternehmen und Berufsschulen den Nutzen von Auslandsaufenthalten während der Ausbildung einhellig positiv bewerten.

4. BAföG-Statistik 2017

Im Jahr 2017 haben in Deutschland 782.000 Personen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten. Wie das Statistische Bundesamt am 2. August 2018 weiter [mitgeteilt](#) hat, sind das etwa 41.000 Personen weniger gewesen als im Jahr 2016, minus fünf Prozent. Unter den Geförderten sind rund 225.000 Schüler sowie 557.000 Studierende gewesen. Die Zahl der geförderten Schüler ist im Vorjahresvergleich um 5,8 Prozent und die der geförderten Studierenden um 4,6 Prozent zurückgegangen. 49 Prozent der BAföG-Empfänger haben eine Vollförderung erhalten, 51 Prozent eine Teilförderung. Seit dem Jahr 2015 übernimmt der Bund die volle Finanzierung. Die Ausgaben haben im Jahr 2017 rund 2,9 Milliarden Euro betragen, ein Plus von 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die gestiegenen Ausgaben für die Studierendenförderung trotz rückläufiger Zahlen bei den Geförderten sind durch gestiegene Pro-Kopf-Förderbeträge bedingt gewesen. Studierende haben durchschnittlich 499 Euro erhalten, 35 Euro mehr als im Vorjahr. Schüler haben 456 Euro erhalten, plus 21 Euro.

5. Bundeskabinett beschließt ERP-Mittelstandsförderung

Das Bundeskabinett hat am 1. August 2018 den Entwurf des ERP-Wirtschaftsplangesetzes 2019 [beschlossen](#). Kleine und mittlere Unternehmen können auf dieser Grundlage im Jahr 2019 zinsgünstige Finanzierungen und Beteiligungskapital mit einem Volumen von rund 7,8 Milliarden Euro erhalten. Auch 2019 sollen vor allem Existenzgründungen und Wachstumsfinanzierungen, der Aufbau und die Modernisierung bestehender Unternehmen in den regionalen Fördergebieten, die Bereitstellung von Beteiligungskapital für junge innovative Unternehmen und die Exportleistungen deutscher Unternehmen gefördert werden. In den volkswirtschaftlich bedeutenden Bereichen der Innovations- und Digitalisierungsfinanzierung wird das Fördervolumen im kommenden Jahr gegenüber dem Vorjahr auf zwei Milliarden Euro verdoppelt, um den Mittelstand mit Blick auf die Herausforderungen der Digitalisierung zu unterstützen.

6. Beschäftigungsquoten in der EU

Das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat die Beschäftigungsquote von Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren für das Jahr 2017 analysiert und am 30. Juli 2018 [veröffentlicht](#). Die Beschäftigungsquote hat für außerhalb der EU geborene Migranten bei 63 Prozent gelegen. Der Wert für die im Inland geborene Bevölkerung hat 73 Prozent betragen. Für in einem anderen EU-Mitgliedstaat geborene Migranten werden 75,4 Prozent ausgewiesen. Die höchsten Beschäftigungsquoten für die im Inland geborene Bevölkerung sind in Schweden (85,5 Prozent), Deutschland (81,6 Prozent) und den Niederlanden (80,5 Prozent) verzeichnet worden.

7. Gigabitnetze in jeder Region und Schulen

Das Bundeskabinett hat am 1. August 2018 den Fonds „Digitale Infrastruktur“ [beschlossen](#). Damit wird der Gigabitnetzausbau gefördert und der „Digitalpakt Schule“ umgesetzt. Der Fonds wird durch das Digitalinfrastrukturfondsgesetz als Sondervermögen des Bundes errichtet und zur Grundfinanzierung mit 2,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt ausgestattet, damit es nicht zu Förderlücken kommt. Der Fonds wird danach aus der anstehenden Versteigerung der Lizenzen für die 5G-Mobilfunktechnologie gespeist.